Schaffung eines Runden Tisches "Hospiz- und Palliativversorgung im Land Brandenburg" zur gemeinsamen Stärkung der Angebote, Anerkennung und Wertschätzung

Drucksache **8/2141** · eingebracht 2025-12-09 — Antragsteller: SPD BSW

Gesundheit | Soziales | Ehrenamt | Palliativversorgung

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag fordert die Einrichtung eines Runden Tisches zur Hospiz- und Palliativversorgung in Brandenburg, um sektorenübergreifende Vernetzung, Fachkräftesicherung, SAPV-Aufklärung, Kinderpalliativversorgung, Ehrenamtsstärkung und Trauerbegleitung zu verbessern.

KERNFORDERUNGEN

- Einrichtung eines Runden Tisches mit klar definierten Akteuren
- SAPV als Rechtsanspruch bekannt machen
- Aufbau einer SAPV für Kinder und Jugendliche
- Fachkräftesicherung und Qualifizierung
- Stärkung des Ehrenamts und Trauerbegleitung

BEWERTUNG

9.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag stärkt systematisch alle fünf GWÖ-Werte: Menschenwürde durch würdevolles Lebensende, Solidarität durch gesellschaftliche Begleitung am Lebensende, ökologische Nachhaltigkeit indirekt über ressourcenschonende, menschenzentrierte Versorgungskultur, soziale Gerechtigkeit durch flächendeckende, bedarfsgerechte Zugänglichkeit – besonders in ländlichen Regionen – und Transparenz & Mitbestimmung durch partizipativen Runden Tisch mit Zivilgesellschaft, Kommunen und Fachverbänden. Kein Feld widerspricht; mehrere Felder erreichen +4 bis +5.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Konkrete, umsetzbare Maßnahmen mit klaren Zielgruppen
- Starke Verankerung in den Kernwerten der Regierungsfraktionen (SPD/BSW)
- Partizipative Struktur mit Zivilgesellschaft, Kommunen und Fachverbänden
- Fokus auf strukturelle Ungleichheiten (Ländlichkeit, Kinder, Trauerbegleitung)

Schwächen

- Keine konkrete Finanzierungsplanung oder Haushaltsvorlage
- Keine Verankerung in bestehenden landesweiten Gesundheitsplänen oder Monitoring-Mechanismen

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	+	·	·	·	·
B · FINANZEN	·	+	·	·	·
C · VERWALTUNG	·	·	·	·	++
D · BÜRGER:INNEN	++	++	·	++	·
E · GESELLSCHAFT & NATUR	·	·	·	·	·

++ stark fördernd · + fördernd · ○ neutral · - widersprechend · -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 **Menschenwürde in der Daseinsvorsorge** `Bewertung: +5`

Würdevolles Lebensende als Grundrecht

D2 **Solidarität in der Daseinsvorsorge** `Bewertung: +4`

Ehrenamtliche und professionelle Begleitung als Gemeinschaftsaufgabe

D4 **Soziale öffentliche Leistung** `Bewertung: +4`

Flächendeckende, wohnortnahe SAPV für Kinder/Jugendliche und Trauerbegleitung

C5 **Transparenz & Mitbestimmung in politischer Führung** `Bewertung: +4`

Runder Tisch als strukturiertes Beteiligungsformat mit Trägern, Kostenträgern, Kommunen und Zivilgesellschaft

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

SPD

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag spiegelt zentrale SPD-Kernziele aus dem Wahlprogramm 2024 wider: Sicherstellung einer breiten, bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung (S. 21–23), Stärkung des Ehrenamts (S. 45), sowie Fokus auf Prävention, Teilhabe und soziale Gerechtigkeit am Lebensende – insbesondere für benachteiligte Gruppen und ländliche Regionen.

> „Geburtskliniken und haus- und fachärztlicher Versorgung sowie ausreichend Hebammen ein. Diese Grundversorgung darf nicht aus wirtschaftlichen Gründen beschnitten werden."
> SPD Brandenburg Wahlprogramm 2024, S. 21

> „Wir werden die vorhandenen Instrumente und Förderungen zur Unterstützung des Ehrenamts bündeln, mit der Zivilgesellschaft und der kommunalen Ebene über Verb..."
> SPD Brandenburg Wahlprogramm 2024, S. 45

PARTEIPROGRAMM

8/10

Das Hamburger Programm betont Solidarität, soziale Gerechtigkeit und den vorsorgenden Sozialstaat als Grundlage für menschenwürdiges Leben – auch am Lebensende. Der Antrag konkretisiert diese Prinzipien in der Hospiz- und Palliativversorgung.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

BSW

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag entspricht exakt den BSW-Schwerpunkten: Gesundheitsförderung und Prävention als zentrales Handlungsfeld (S. 25), Sicherung der Pflege und Versorgung auf dem Land (S. 22–24), Anerkennung von Ehrenamt und Fachkräften sowie soziale Gerechtigkeit durch bedarfsgerechte, flächendeckende Strukturen – gerade für benachteiligte Gruppen.

> „Wir wollen Gesundheitsförderung und Prävention zu einem zentralen Handlungsfeld machen. Dabei sind uns sozial benachteiligte Gruppen besonders wichtig, denn sie haben statistisch ein erhöhtes Krankheitsrisiko und eine verringerte Lebenserwartung."
> BSW Brandenburg Wahlprogramm 2024, S. 25

> „Alle Arztpraxen müssen barrierefrei zu erreichen sein. Es kann nicht sein, dass z.B. Menschen mit Rollatoren an der Treppe zur Arztpraxis scheitern."
> BSW Brandenburg Wahlprogramm 2024, S. 24

PARTEIPROGRAMM

7/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM 1/10

Der Antrag widerspricht zentralen AfD-Prioritäten: Er setzt auf staatlich moderierte, kooperative Strukturen, kollektive Verantwortung und soziale Infrastruktur – entgegen dem afD-Fokus auf nationale Souveränität, direkte Demokratie ohne institutionelle Vermittlung und Ablehnung von 'Gesundheitsbürokratie'. Kein Bezug zu Migration, Energie oder Sicherheit – Themen, die im AfD-Wahlprogramm dominieren.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 1/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CDU

WAHLPROGRAMM 6/10

Der Antrag ist partiell kompatibel: CDU betont Subsidiarität, Familien- und Lebensschutz sowie christlich-demokratisches Menschenbild – alles konsistent mit Hospizarbeit. Allerdings fehlt im CDU-Wahlprogramm NRW expliziter Bezug zu Palliativversorgung, SAPV oder Runden Tischen; Schwerpunkte liegen auf Polizei, Digitalisierung und Schulen. Die Kooperation mit Zivilgesellschaft passt zum subsidiären Ansatz, aber die starke Steuerungsrolle der Landesregierung ('aufgefordert, zu initiieren') steht im Spannungsfeld zur CDU-Präferenz für dezentrale, kommunale Lösungen.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 7/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Die Landesregierung wird aufgefordert, auf Landesebene einen Runden Tisch zu initiieren und moderierend zu begleiten…

> Die Landesregierung wird aufgefordert, innerhalb von drei Monaten einen Runden Tisch einzurichten, dessen Zusammensetzung mindestens 40 % Vertreter:innen aus Zivilgesellschaft, Ehrenamt und Betroffenenvertretungen umfasst – um echte Mitbestimmung sicherzustellen.

Begründung: Stärkt C5 (Transparenz & Mitbestimmung) durch verbindliche Beteiligungsquote und macht Partizipation wirksam – nicht nur symbolisch.

Vorschlag 2 von 3

Original: Entwicklung von Informations- und Aufklärungskampagnen, um das Recht auf spezialisierte ambulante Palliativversorgung (SAPV) stärker in der Bevölkerung und bei medizinischen sowie pflegerischen Einrichtungen bekannt zu machen…

> Entwicklung von mehrsprachigen, barrierefreien Informationskampagnen – unter Einbindung von Migrant:innenorganisationen und Selbsthilfegruppen – um das Recht auf SAPV flächendeckend bekannt zu machen.

Begründung: Verbessert D1 (Menschenwürde) und D4 (soziale Gerechtigkeit) durch inklusive Zugänglichkeit – besonders für sprachlich und kulturell marginalisierte Gruppen.

Vorschlag 3 von 3

Original: Erarbeitung von Vorschlägen zur besseren Anerkennung, Qualifizierung und Unterstützung ehrenamtlicher Hospizbegleiterinnen und -begleiter…

> Erarbeitung von Vorschlägen zur verbindlichen Anerkennung ehrenamtlicher Hospizbegleitung als gemeinwohlorientierte Leistung mit steuerlicher Entlastung, Aufwandsentschädigung und rechtlich abgesicherter Haftungsfreiheit – analog zum Bundesfreiwilligendienst.

Begründung: Stärkt A1 (Menschenwürde bei Auslagerung) und B2 (Solidarität bei Finanzpartnern) durch materielle Wertschätzung und Rechtssicherheit – entscheidend für nachhaltiges Engagement.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

> **Mehrheit deckt sich mit der Empfehlung dieses Werkzeugs** — Empfohlen: Uneingeschränkt unterstützen; Beschluss: Angenommen.

Angenommen · einstimmig · BB8-24

Ja: SPD AfD CDU BSW GRÜNE

Original-Antrag

Drucksache 8/2141

Schaffung eines Runden Tisches "Hospiz- und Palliativversorgung im Land ·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

Landtag Brandenburg **Drucksache 8/2141**
8. Wahlperiode

Antrag

der SPD-Fraktion und
der BSW-Fraktion

Schaffung eines Runden Tisches „Hospiz- und Palliativversorgung im Land Brandenburg“ zur gemeinsamen Stärkung der Angebote, Anerkennung und Wertschätzung

Der Landtag stellt fest:

Die Hospiz- und Palliativversorgung ist ein unverzichtbarer Bestandteil einer menschenwürdigen Gesundheitsversorgung im Land Brandenburg. Sie begleitet schwerstkranke und sterbende Menschen in ihrer letzten Lebensphase. Gleichzeitig bietet sie Angehörigen Entlastung, Beratung und Beistand. Damit steht sie für eine Gesellschaft, die Solidarität und Mitmenschlichkeit auch am Lebensende lebt.

Schon heute sind im Land Brandenburg 45 Hospiz- und Palliativeinrichtungen aktiv, die vor allem auch viele ehrenamtlich engagierte Brandenburgerinnen und Brandenburger einbinden. In diesen Einrichtungen wird eine unermüdlich wertvolle Arbeit geleistet. Trotz der vielen engagierten Akteurinnen und Akteure bestehen im Land Brandenburg regionale Unterschiede in der Versorgung. Vor allem in ländlichen Regionen fehlt es an spezialisierten ambulanten Palliativteams und wohnortnahen Hospizplätzen. Eine flächendeckende Sicherung und ein gezielter Ausbau der Angebote sind daher dringend notwendig.

Im Besonderen wurde die Bedeutung der aktuellen und zukünftigen Aufgaben und Notwendigkeiten im Rahmen der Hospiz-Gedenktage und der damit verbundenen Veranstaltungen im Oktober 2025 deutlich. Auch die Befassung im Brandenburger Gesundheits- und Sozialausschuss am 05.11.2025, bei der Expertinnen und Experten der Hospiz- und Palliativversorgung zu den Themen eingeladen waren, hat einmal mehr eindrucksvoll verdeutlicht, wie wichtig ein fortführender gemeinsamer Austausch zur Weiterentwicklung und nachhaltige Stärkung dieses Versorgungsbereichs ist. In diesem Zusammenhang soll sich ein Runder Tisch zur Hospiz- und Palliativversorgung im Land Brandenburg mit thematischen Fragen wie vor allem der sektorenübergreifenden Vernetzung, der Fachkräftesicherung, der bedarfsgerechten Finanzierung, der regionalen Versorgungssicherheit oder auch der Koordination und politischen Einbindung befassen.

Eingegangen: 09.12.2025 / Ausgegeben: 09.12.2025

Der Landtag möge daher beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- auf Landesebene einen Runden Tisch zu initiieren und moderierend zu begleiten, um so einen regelmäßigen Austausch mit den politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger, Vertreterinnen und Vertreter der Krankenkassen, der Kommunen und der hospizlichen Praxis zu führen, um so gemeinsam über die Weiterentwicklung der Hospiz- und Palliativversorgung zu diskutieren und daraus resultierend mit entsprechenden Maßnahmen ein würdevolles und gut begleitetes Lebensende in allen Regionen des Landes Brandenburg zu ermöglichen.

Begründung:

Hospiz- und Palliativarbeit ist keine Randaufgabe, sondern Ausdruck einer mitfühlenden und solidarischen Gesellschaft.
Sie verdient politische Aufmerksamkeit, organisatorische Unterstützung und eine solide Finanzierung, damit alle Menschen im Land Brandenburg die Gewissheit haben, am Lebensende gut begleitet zu sein – in Würde, in Sicherheit und in Gemeinschaft.

Die Akteurinnen und Akteure der Hospiz- und Palliativversorgung leisten täglich Beeindruckendes:
Sie begleiten schwerstkranke Menschen und ihre Angehörigen mit Empathie, Zeit und Fachwissen, häufig über das rein Medizinische hinaus. Dabei tragen sie wesentlich dazu bei, Leid zu lindern, Isolation zu verhindern und menschliche Nähe zu ermöglichen.

Doch die Rahmenbedingungen für diese Arbeit geraten zunehmend unter Druck.
Der Fachkräftemangel, unzureichende Refinanzierung ehrenamtlicher Leistungen, fehlende Strukturen in der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung – insbesondere für Kinder und Jugendliche – sowie die nicht abgesicherte Trauerbegleitung zeigen, dass hier Handlungsbedarf besteht.

Um diesen Herausforderungen wirksam zu begegnen, braucht es einen kontinuierlichen, strukturierten Austausch zwischen allen relevanten Ebenen: Trägern, Kostenträgern, Ministerien, Fachverbänden, Kommunen und der Zivilgesellschaft.

Ein regelmäßiger Austausch in Form eines Runden Tisches „Hospiz- und Palliativversorgung in Brandenburg“ soll der Schaffung einer größeren Anerkennung und der Stärkung der Hospiz- und Palliativarbeit im Land Brandenburg dienen.
Er bietet die Möglichkeit, Erfahrungen und Bedarfe zusammenzuführen, gemeinsame Lösungswege zu entwickeln und konkrete Empfehlungen für politische Entscheidungen zu formulieren.

Ziel ist es, die Versorgung am Lebensende nachhaltig zu sichern, die Zusammenarbeit zwischen den Versorgungssektoren zu verbessern und die Hospiz- und Palliativarbeit als selbstverständlichen Bestandteil einer sozialen Infrastruktur im Land Brandenburg zu verankern.

Ziele und Aufgaben des Runden Tisches:

1. Sektorenübergreifende Vernetzung:
   Zusammenführung der Akteurinnen und Akteure aus ambulanter und stationärer Hospizarbeit, Palliativmedizin, Pflege, Seelsorge, Trauerbegleitung, Sozialarbeit, Selbsthilfe und Verwaltung, um Bedarfe frühzeitig zu erkennen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln.

2. Bekanntmachung der SAPV als Rechtsanspruch:
   Entwicklung von Informations- und Aufklärungskampagnen, um das Recht auf spezialisierte ambulante Palliativversorgung (SAPV) stärker in der Bevölkerung und bei medizinischen sowie pflegerischen Einrichtungen bekannt zu machen – damit mehr Menschen die ihnen zustehende würdevolle und begleitete Versorgung am Lebensende erhalten.

3. Aufbau einer SAPV für Kinder und Jugendliche:
   Unterstützung beim Aufbau eines spezialisierten SAPV-Teams für Kinder und Jugendliche, um betroffenen Familien wohnortnahe, ganzheitliche und kontinuierliche Begleitung zu ermöglichen.

4. Fachkräftesicherung und Qualifizierung:
   Entwicklung gemeinsamer Strategien zur Gewinnung, Ausbildung und Bindung von Fachkräften in der Hospiz- und Palliativversorgung. Dazu gehört auch, Inhalte der palliativen Versorgung und Sterbebegleitung verbindlich in die Pflegeausbildung und Fortbildungskonzepte aufzunehmen.

5. Stärkung des Ehrenamts:
   Erarbeitung von Vorschlägen zur besseren Anerkennung, Qualifizierung und Unterstützung ehrenamtlicher Hospizbegleiterinnen und -begleiter, die einen unverzichtbaren Beitrag zur menschlichen Begleitung am Lebensende leisten.

6. Trauerbegleitung als Präventionsaufgabe:
   Entwicklung tragfähiger Strukturen und Finanzierungsmodelle für qualifizierte Trauerbegleitung – auch für Menschen, die keine Sterbebegleitung erfahren haben – als Beitrag zur seelischen Gesundheit und gesellschaftlichen Prävention.

7. Finanzielle und strukturelle Planungssicherheit: Diskussion von Möglichkeiten, wie Bedarfssätze, Refinanzierung und Fördermodelle so ausgestaltet werden können, dass Träger, Fachkräfte und Ehrenamtliche dauerhaft verlässlich arbeiten können.

8. Gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung:
   Der Runde Tisch soll darüber hinaus Vorschläge erarbeiten, wie die Arbeit der haupt- und ehrenamtlich Tätigen in der Hospiz- und Palliativversorgung sichtbarer gewürdigt und gesellschaftlich stärker anerkannt werden kann.